

Editorial

Wie keine andere Modernisierungsstrategie hat der Kommunismus die traditionellen Bindungen der Gesellschaft nicht nur zur Disposition gestellt, sondern programmatisch und systematisch zerstört – um eine neue Gemeinschaft zu stiften. Daran ist er gescheitert. Nur noch Zwang und Widerstand hielten die Gesellschaft zusammen. Wenn dieser Zwang wegfällt – wie 1989 geschehen –, entsteht ein enormer (Nachhol-)Bedarf an Bindungen und Identitäten. Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit waren in den neuen Demokratien schnell zur Stelle, um Surrogatgemeinschaften und -identitäten anzubieten.

Doch ist das Problem sicherlich nicht auf die postkommunistischen Gesellschaften beschränkt. 1989 ist nicht einfach ein Teil Europas zugunsten des anderen verschwunden. Es war ein unterirdisches Erdbeben, das die Fundamente Europas erschüttert hat. Europa nach 1989 ist so wenig ein größer gewordenes Westeuropa, wie Deutschland eine größere Bundesrepublik ist. Beide müssen neu aufgebaut werden. Eine Reflexion auf ihre Grundbedingungen hat also vielleicht nicht nur theoretische Bedeutung.

Heute ist es nicht mehr möglich, »westlich«, »liberal« oder »Demokratie« schlicht als Gegenbegriffe zum bösen östlichen Totalitarismus zu definieren. Was bedeuten diese Begriffe also? Was macht eine liberale demokratische Gesellschaft aus? Ihrem Anspruch nach zeichnet sie sich durch Offenheit aus: die Anderen, das Andere und Neues gelten zu lassen – jene Fähigkeit also, die wir – wie keine andere – stolz und vielleicht selbstgerecht mit »Demokratie«, mit dem »Westen« und seinem »Liberalismus« verbinden. So universal dieser grundlegende Offenheitsanspruch »unserer« Gesellschaften ist, er ist doch zugleich kontingent, Resultat eines geschichtlichen Prozesses. Daß die Geschichte dieses Anspruchs ihm keineswegs äußerlich ist, zeigt sich darin, daß der Weg in den westlichen, liberalen und demokratischen Himmel bis heute mit Ausschluß und Unterdrückung von Anderen – Sklaven, Indianern oder Frauen, um nur einige zu nennen – gepflastert ist. Aber selbst wenn es gelänge, alle Ausschlußmechanismen zu identifizieren und außer Kraft zu setzen, was wäre mit jenen Anderen, die gesellschaftliche und kulturelle Vorstellungen mitbringen, die unvereinbar mit »unseren« sind?

Die vor kurzem von Amerika nach Europa übergesprungene »Kommunitarismus-Debatte«, deren zentrale Argumentationslinien Bert van den Brink nachzieht, kann man interpretieren als den Versuch einer kritischen Rückwendung der liberalen Gesellschaft auf sich selbst, als eine Bestandsaufnahme sowohl der immanenten Ursachen für ihre Krise als auch der eigenen Kräfte zu deren Überwindung. Eine Kritik am westlichen Liberalismus also, die von innen kommt – in dem Sinne auch, daß der Liberalismus in dieser Diskussion vielfach im Namen seiner eigenen, uneingelösten Ideale kritisiert wird.

Auf die Wahrung der Rechte des einzelnen bedacht, stellt das liberale Modell die traditionellen sozialen Bindungen und Verbindlichkeiten zur Disposition, ja trägt zu ihrer Auflösung bei, ohne im selben Maße neue zu produzieren. Gleichzeitig bedarf das liberale Modell eben dieser Bindungen, um seine Ziele überhaupt durchzusetzen und seine Errungenschaften zu bewahren – um lebensfähig zu sein.

In Krisenzeiten besinnt man sich auf diese Ressourcen: Dann wird gerne die Idee der Gemeinschaft beschworen, als Remedium gegen die strukturellen Defizienzen, mit welchen die modernen Gesellschaften in den Augen ihrer Kritiker von Geburt an behaftet sind (und die, wie Willem van Reijen zeigt, bei einigen Vertretern der politischen Philosophie in Frankreich, positiv gewendet, ontologischen Status annehmen können.)

Als vor- bzw. außerinstitutionelle Bedingung einer lebendigen liberalen Demokratie nennt Charles Taylor »Patriotismus« im Sinne von Bürgertugend jenseits individueller Interessen und diesseits einer *volonté générale* (gleich welcher Provenienz).

Jerzy Szacki akzeptiert Bürgersinn als Bedingung für Demokratie, aber er stellt die Frage: Wie soll die Demokratisierung der postkommunistischen Gesellschaft in Polen bewerkstelligt werden, wenn diese Bedingung dort nicht gegeben ist? Taylor gibt keine Antwort, wie sie zu schaffen sei. West und Ost scheinen noch immer weit voneinander entfernt, auch was die »demokratischen Gewohnheiten« und ihre Reflexion betrifft.

Otto Kallscheuer versucht zu zeigen, daß die amerikanische Gesellschaft und ihre Demokratie von jeher auf Bürgertugenden beruht. Insofern hat sie nie recht dem liberalen Inbild entsprochen, das man sich gerne von ihr macht. Ihre Wurzeln liegen in der »amerikanischen Seele«, wie sie den Bund der Auswanderer mit seiner spezifischen Kombination von Pluralismus und individueller Gotteserfahrung inspiriert.

Nicht alle gemeinschaftsstiftenden Kräfte sind so unumstritten wie die von Taylor beschworenen Bürgertugenden. Einige tragende Gemeinschaftsstrukturen, über die die liberale Gesellschaft sich bis auf den heutigen Tag reproduziert, hält sie zugleich von ihren liberalen Prinzipien aus-

geschlossen. Eine solche Struktur ist die Familie. Susan M. Okin will zeigen, wie diese Gemeinschaftsform mittels der klassischen Unterscheidung öffentlich/privat von Gerechtigkeitskriterien ausgenommen wird und so als strapazierbares Unterfutter der modernen amerikanischen Gesellschaft fungieren kann. Okins Analyse ist ein liberales Plädoyer für die Durchsetzung der Rechte der Einzelnen, besser: der Frauen, auch dort, wo der Staat – zu deren vermeintlichem Schutz – bisher vor der Tür blieb – und zugleich durch die Hintertür intervenierte.

Während Okin die Inkonsequenz und Halbherzigkeit des herrschenden Liberalismus aufdecken will, warnt – ebenso aus liberalen Motiven – Iris M. Young vor den Konsequenzen eines radikalen alternativen Gemeinschaftskonzepts, das gegen die Pluralität der modernen liberalen Gesellschaft den Traum von Unmittelbarkeit, Transparenz und Einheit beschwört: Gemeinschaften können auch Anschlußstellen zu Nationalismus, Xenophobie und Fundamentalismus – alt oder neu – bilden; sie neigen dazu, sich abzuschließen und Andere (und das Andere) auszuschließen. Die Großstadt mit ihrer niemals in sich selbst abschließbaren Komplexität scheint Young daher ein ideales Modell für eine offene Gemeinschaft. Ein Modell, möchte man zu bedenken geben, das vielleicht doch nur bei halbwegs schönem Wetter funktioniert.

Wie Okin versucht Günter Frankenberg, einen inneren Widerspruch der liberalen Gesellschaft bloßzulegen, und zwar in der Rechtsvorstellung und -praxis hinsichtlich der »Fremden« in Deutschland: Die ethnische Konzeption und juristische Konstruktion dessen, was als deutsch gilt, funktioniert als Ausschlußmechanismus und verstößt so gegen die das Grundgesetz inspirierenden Prinzipien von Gleichheit und Gerechtigkeit. Ein größtenteils längst integrierter Teil der Gesellschaft darf zwar drinnen bleiben, aber vor der Tür.

Auch die Artikel von Jacqueline Hénard und Robert Wistrich thematisieren Ausschlußmechanismen liberaler Gesellschaften. So universal wie die Ablehnung der Zigeuner scheint das Fortleben des Antisemitismus – selbst dort, wo er seine Opfer längst vernichtet hat.

Viele Ausschlußmechanismen lassen sich als langfristig behebbare Defizite interpretieren: Reste von Ungleichheit. Soweit sie aber konstitutiv sind, stellen sie für die liberale Gesellschaft ein Dilemma dar. 1989 hat dieses Dilemma zu einem akuten Problem werden lassen.

Wien und Boston, Dezember 1992